

Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH • Herrenstr. 7 • 30159 Hannover

Ausgabe 3/2024

Bereit für mehr

Kriminalitätsexplosion am Hauptbahnhof Hannover



Inhalt:

- » **Stadtrat:**
 - *Kriminalitätsexplosion am Hauptbahnhof Hannover*
 - *Hannover - Gewaltaufrufe gegen AfDler!*
 - *10 Millionen Euro verschwendet - ideologisch getriebenes Wasserstoffprojekt war von Anfang an zum Scheitern verurteilt*
 - *AfD beantragt Senkung der Abwassergebühren in Hannover!*
 - *Klausurtagung in Hamburg*
- » **Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt**
 - *Jetzt reicht es uns- Kommunalaufsicht prüft Einschränkung des Rederechts*
- » **Bothfeld-Vahrenheide** • *Fortsetzung bei der kommunalen Wärmeplanung*

HEIMAT HERZ
HANNOVER

Hannover. Aber sicher.



Kriminalitätsexplosion am Hauptbahnhof Hannover von 2019 bis Ende Juni 2024

Sachbeschädigungen: + 20 %
Gewaltdelikte: + 32 %
Eigentumsdelikte: + 70 %
Sexualdelikte: + 90 %
Betäubungsmitteldelikte: + 92 %
Waffendelikte: + 150 %

»Der Hauptbahnhof Hannover hat sich zu einem gefährlichen Kriminalitäts-Hotspot entwickelt. Das ergab eine kleine Anfrage der AfD im Bundestag.

Etwa die Hälfte aller Delikte geht auf das Konto nicht-deutscher Täter. Dabei ist natürlich anzumerken, dass Doppelstaatler als deutsche Tatverdächtige erfasst werden.

Auch Messerangriffe sind um satte 128 % gestiegen!!

- Waffendelikte in 2024 - **60% Ausländer**
- Diebstähle in 2024 - **57% Ausländer**
- Betäubungsmitteldelikte in 2024 - **55% Ausländer**
- Gewaltdelikte in 2023 - **48% Ausländer**
- Sexualdelikte in 2024 - **53% Ausländer**

»Insgesamt lässt sich feststellen, dass wir vor allem ein Problem mit Tätern aus dem arabischen und afrikanischen Raum haben. Neben Syrern, Afghanen, Irakern, Marokkanern, Algeriern, Albanern, Libanesen, Somaliern und Sudanesen fallen aber auch Polen und Tatverdächtige aus dem Balkanraum auf.

Fazit: Wir haben uns die Creme de la Creme ins Land geholt. Oder wie Angela Merkel sagen würde: „Wir schaffen das!“

Wir bedanken uns bei Martin Hess, der diese Zahlen bei der Bundesregierung erfragt und uns zur Verfügung gestellt hat.

Hannover - Gewaltaufrufe gegen AfDler!

»Selbsternannte Antifaschisten zeigten in Hannover was sie von demokratischen Wahlen im Osten halten - nämlich nichts.

Das Haus, in dem unser Ratsherr Frank Jacobs wohnt, sowie eine angrenzende Garage, wurden in der Nacht nach den Wahlen in Sachsen und Thüringen mit dem Aufruf „AfDler Jacobs angreifen“ besprüht.

Auch ein Rewe Markt in Badente dt wurde mit den Parolen „AfD angreifen“ und „FCK AFD“ besmiert.



»Wenige Tage später ist das Wohnhaus des Bundestagsabgeordneten Jörn König und der angrenzende Bürgersteig mit Farbe und besprüht worden.

Die linksextreme Antifa brüstete sich auf ihrer Seite Indymedia mit diesen Attacken. „AfDler angreifen – Fortsetzung folgt“ heißt es dort. Zwar berichtete die HAZ einige Tage später in einem Artikel über die Farbangriffe – das große Medienecho und die sonst üblichen Empörungen blieben aber aus.



Klausurtagung in Hamburg

»Die diesjährige Klausurtagung der AfD-Stadtratsfraktion fand in Hamburg mit einem Besuch bei den Kollegen der Hamburger Bürgerschaft statt.

Wir danken euch für den netten Empfang und den Austausch! Themenschwerpunkte waren in diesem Jahr die bessere Vernetzung der niedersächsischen Ratsfraktionen und die Haushaltsplanung der Stadt Hannover. Wie in den Jahren zuvor setzen wir auf massive Einsparungen in den Bereichen Migration und bei der Finanzierung ideologischer Projekte und Vereine. Ein Teil der eingesparten Mittel soll dann in die Infrastruktur und die Bildung fließen.

10 Millionen Euro verschwendet

Ideologisch getriebenes Wasserstoffprojekt war von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

» Das kürzlich gescheiterte Wasserstoffprojekt in Herrenhausen hat ein finanzielles Loch von 10 Millionen Euro in die Stadtkasse gerissen.

Ein Projekt, das von Beginn an ideologisch getrieben war und auf wackeligen Füßen stand, ist letztlich an der Realität gescheitert. Dies war vorhersehbar, und wir, die AfD, haben bereits von Anfang an im Stadtrat vor diesem Vorhaben gewarnt.

Die Wirtschaftsprüfer haben nun bestätigt, dass das Projekt nicht ausreichend strukturiert war und viel früher hätte abgebrochen werden sollen. Zudem wurde der Betriebsausschuss unzureichend, falsch und verspätet informiert. Diese signifikanten Fehler kommen der Stadt nun teuer zu stehen.



Dazu Jens Keller, Mitglied des Betriebsausschusses: „Diese kostspielige Fehlentscheidung hat das Vertrauen in die Fähigkeit der Stadt, Großprojekte erfolgreich zu planen und durchzuführen, nachhaltig zerstört. Ein Ideologisch motiviertes Projekt, das ohne ausreichende finanzielle Absicherung und Planung vorangetrieben wurde, reißt ein riesiges Loch in die ohnehin schon leere Stadtkasse. Die Verantwortlichen müssen hierfür zur Rechenschaft gezogen werden.“

AfD beantragt Senkung der Abwassergebühren in Hannover!



» Die Stadtentwässerung Hannover hat im vergangenen Jahr einen beachtlichen Jahresgewinn in Höhe von 13,5 Mio. Euro erzielt. Das zeigt, dass die Stadtentwässerung finanziell sehr gut aufgestellt ist.

Wir finden, es ist an der Zeit, dass die Bürger von dieser positiven Bilanz profitieren und beantragten nun eine deutliche Gebührensenkung!

Die Stadtentwässerung soll nicht als finanzielles Polster der Stadt Hannover missbraucht werden, insbesondere, wenn dies auf Kosten der Steuerzahler geht. Denn ein Teil des Gewinns fließt in den Haushalt der LHH.

Wir fordern daher eine Prüfung und Anpassung der aktuellen Gebührenstruktur, um eine finanzielle Entlastung der Bürger zu ermöglichen.

Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide

» **Fortsetzung** bei der kommunalen Wärmeplanung: Es gab einen Vortrag zum Voranschreiten der Kommunalen Wärmeplanung und einen Antrag (Beschlussdrucksache), „die gem. § 20 (2) Satz 3 des Niedersächsischen Klimagesetzes erstellte Kommunale Wärmeplanung ... zu beschließen. Die Verwaltung damit zu beauf-

Neues aus dem Bezirksrat

tragen, die Maßnahmenumsetzung voranzutreiben und Fortschritte in der Maßnahmenumsetzung im digitalen Wärmeplan Hannover ggf. schon vor der 5-jährigen Fortschreibungspflicht aufzunehmen. Die Ziele der Kommunalen Wärmeplanung im Sinne einer Fachstrategie bei allen planerischen und infrastrukturellen Aktivitäten, Verfahren und Bau-

maßnahmen zu berücksichtigen. Der Budgetbedarf für die Haushaltsjahre 2025/2026 wird insumme auf 500.000€ geschätzt. Die notwendigen Mittel wurden im Rahmen der Haushaltsplanung 2025/2026 berücksichtigt.“

Es empfiehlt sich weiterhin, dass sich jede Bürgerin und jeder

Bitte wenden





Judith Schunk

Fortsetzung von Seite 3.

Bürger auf den entsprechenden Internetseiten informiert, wie sie oder er in welchem Stadtgebiet weiterhin die Heiz- und Wärmetechnik planen kann -

(z. B. Gas, Fernwärme, Wärmepumpen). (Z. B. www.hannover.de/waermeplanung-lhh) und ggf. zu widersprechen.

Unser aktueller Antrag ist zum Haushaltsplan: Steuerverschwendung verhindern: Steuergelder für Schwimmbäder und öffentliche Einrichtungen einsetzen anstatt für Straßensperrungen/umbauten! (nachzulesen sind die meisten Drucksachen auf unsere Homepage afd-fraktion-hannover.de)



Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

Wir lehnten den Antrag vom Integrationsbeirat für Fördermittel für verschiedene Migrationsprojekte ab, da diese bereits genügend Steuergelder fressen und keine messbaren Erfolge der Integration verzeichnet werden. * Als unser Fraktionschef Reinhard Hirche die Begründung vortragen wollte, wurde er jedoch schnell unterbrochen. Der Sitzungsleiter Dr. Heinrich Schulz (CDU) begründete seinen Wortentzug damit, dass Herr Hirche nicht zur eigentlichen Sache sprechen würde und zu weit ausholen würde.

Da wir als AfD aber immer wieder mit haltlosen Begründungen in unserer Redefreiheit eingeschränkt und unterbrochen werden, haben wir diesen Fall zur Prüfung an die Kommunalaufsicht gegeben. Die Verwaltung der Stadt hat sich dazu bereits geäußert und sieht in diesem Fall keinen Verstoß.

*** Zur Erklärung: Migrant*innenverbände oder Vereine können über den Integrationsbeirat Fördermittel (also Steuergelder) für Projekte beantragen, worüber dann letztendlich im Bezirksrat final entschieden wird. Der Integrationsbeirat ist in unseren Augen eine unnötige und kostenintensive Zwischeninstanz und kostet dem Steuerzahler allein durch seine Existenz knapp 10.000 Euro jährlich, pro Stadtbezirk. Denn jeder Stadtbezirk in Hannover hat seinen eigenen Integrationsbeirat, der wiederum keinerlei Entscheidungsbefugnisse hat.**



Jetzt reicht es uns:
Kommunalaufsicht prüft
Einschränkung des Rederechts!



Jens Keller
Ratsherr und Fraktionsvorsitzender
Bezirksratsherr



Uwe Wippach
Ratsherr-Stellv. Fraktionsvors.
Bezirksratsherr



Frank Jacobs
Ratsherr
Schatzmeister der Fraktion



Reinhard Hirche
Geschäftsführer der AfD Ratsfraktion
Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat



Jörn König
Mitglied des Bundestages
Bezirksratsherr Vahrenwald-List



Markus Karger
Fraktionsvors. im Bezirksrat
Ricklingen



Viktor Rosberg
Bezirksratsherr Ricklingen



Judith Schunk
Bezirksratsfrau Stadtbezirk
Bothfeld-Vahrenheide